

# SCHÄRFERE GESETZE GEGEN SEXWELLE?

Ergebnisse der SPIEGEL-Umfrage

Über die Themen hinaus, die in der Titelgeschichte des vorigen Heftes und in ihrer Fortsetzung (siehe Seite 90) ausgewertet wurden, ließ der SPIEGEL vom Wiesbadener

Ifak-Institut mit weiteren Fragen die Reformbereitschaft der Bundesbürger erforschen. Darüber hinaus wurde versucht, ihre gesamte politische Einstellung zu erkunden.

## Null-Tarif

Gefragt wurde: „Man spricht heute häufig vom sogenannten ‚Null-Tarif‘. Null-Tarif bedeutet, daß für die öffentlichen Verkehrsmittel — zum Beispiel Bahn und Bus — im Nahverkehr und in den Städten kein Fahrgeld mehr entrichtet werden muß. Sind Sie persönlich für die Einführung des Null-Tarifs, das heißt für die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im Nahverkehr?“

Den Null-Tarif bejahten 56 Prozent, während 41 Prozent ihn ablehnten und drei Prozent keine Angaben machten.

## Gastarbeiter

Gefragt wurde, ob es in der Bundesrepublik zur Zeit zu viele Gastarbeiter gebe, zuwenig, oder ob die Zahl „gerade richtig“ sei.

Daß es zu viele Gastarbeiter gebe, meinen 60 Prozent, daß es zuwenig seien, acht Prozent. 30 Prozent sind der Ansicht, die Zahl der Gastarbeiter sei gerade richtig. Keine Angaben machten zwei Prozent.

## Soziale Einstellung der Unternehmer

Gefragt wurde: „Glauben Sie, daß die meisten Unternehmer von sich aus versuchen, die Wünsche ihrer Arbeiter und Angestellten, so gut es geht, zu erfüllen, oder müssen sie dazu erst durch Gesetze gezwungen werden?“

Es entschieden sich (bei vorgegebenen Antworten) für die Ansicht,

- ▷ sie müßten gezwungen werden: 37 Prozent;
- ▷ sie versuchten es von sich aus: 31 Prozent;
- ▷ es sei schwer zu sagen: 31 Prozent.

Keine Angaben machte ein Prozent.

## Entwicklungshilfe

Gefragt wurde: „Finden Sie, daß die Bundesrepublik zuviel, gerade richtig oder zu wenig Entwicklungshilfe leistet?“

Zuviel Entwicklungshilfe leistet die Bundesrepublik nach Ansicht von 61 Prozent der Befragten, gerade richtig ist ihr Beitrag nach Meinung von 30 Prozent, zuwenig tut sie nach Überzeugung von vier Prozent.

Keine Angaben machten fünf Prozent.

## Folgen der Mitbestimmung

Die Arbeitnehmer wurden gefragt: „Denken Sie jetzt bitte einmal an den Betrieb, in dem Sie tätig sind. Glauben Sie, daß Sie persönliche Vorteile hätten, wenn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Ihrem Betrieb eingeführt würde?“

Die Frage wurde bejaht von 44 Prozent der befragten Arbeitnehmer, verneint von 45 Prozent. Keine Angaben machten elf Prozent.

## Soziale Sicherheit

Gefragt wurde: „Glauben Sie, daß die Arbeitnehmer bei uns im allgemeinen im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit gut gesichert sind oder daß sie ausreichend gesichert sind oder daß sie nicht genug gesichert sind?“

Gut gesichert sind die Arbeitnehmer nach Ansicht von 14 Prozent der Befragten, ausreichend gesichert nach



Gastarbeiter in Deutschland  
Den meisten sind es zu viele

Meinung von 54 Prozent, nicht genug gesichert nach Überzeugung von 32 Prozent. Keine Angaben machte ein Prozent.

## Guter Verdienst

Gefragt wurde: „Wieviel Geld müßte eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern monatlich netto verdienen, damit man sagen kann, die verdienen sehr gut?“ Es nannten Beträge

- ▷ zwischen 800 und 1000 Mark: sechs Prozent;
- ▷ zwischen 1000 und 1300 Mark: 27 Prozent;
- ▷ zwischen 1300 und 2000 Mark: 33 Prozent;
- ▷ über 2000 Mark: 31 Prozent.

Nur einer von hundert Befragten gab eine Summe unter 800 Mark an.

Keine Angaben machten zwei Prozent.

## Zwei-Parteien-System

Gefragt wurde: „Wenn sich bei uns überall das Zwei-Parteien-System durchsetzen würde — würden Sie das begrüßen oder nicht begrüßen?“

Begrüßen würden ein Zwei-Parteien-System 55 Prozent der Befragten, nicht begrüßen würden es 39 Prozent. Keine Angaben machten sechs Prozent.

## Zu freie Filme?

Gefragt wurde: „Eine Frage zu Filmen und Illustrierten: Sind Sie der Meinung, daß wir schärfere Gesetze gegen allzu freie Bilder in Filmen und Illustrierten brauchen?“

Schärfere Gesetze wurden bejaht von 59, verneint von 40 Prozent der Befragten. Keine Angaben machte ein Prozent.

## Gründe für hohe Mieten

Gefragt wurde, warum die Mieten in den letzten zehn Jahren stark angestiegen sind, „woran das vor allen Dingen liegt“. Es entschieden sich (bei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, von denen mehrere gewählt werden konnten) für das Argument

- ▷ „weil die Kosten für den Bau und die Reparaturen stark angestiegen sind“: 65 Prozent;
- ▷ „weil Grund und Boden sehr viel teurer geworden sind“: 59 Prozent;
- ▷ „weil die Hausbesitzer die Wohnungsknappheit ausnutzen“: 56 Prozent;
- ▷ „weil die Zinsen für das geliehene Geld, mit dem man Häuser baut, gestiegen sind“: 50 Prozent;
- ▷ „weil die Lebenshaltungskosten allgemein gestiegen sind“: 41 Prozent;
- ▷ „weil heute die Ansprüche der Mieter gestiegen sind und alle Leute komfortablere Wohnungen haben wollen“: 39 Prozent.

## Nahverkehr oder Autostraßen?

Gefragt wurde: „Wir könnten sehr viel mehr Geld für den Nahverkehr in den Städten ausgeben, wenn wir weniger Straßen für die Autos bauen. Die andere Möglichkeit wäre, mehr und bessere Straßen für die Autos zu bauen und weniger für den Nahverkehr zu tun. Wofür sollten wir das Geld in erster Linie verwenden?“

Den Vorrang des Nahverkehrs bejahten 52, den der Autostraßen 43 Prozent der Befragten. Fünf Prozent machten keine Angaben.